PB.W-01-635-2

# Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Lene Greve (KV Hamburg-Altona)

## Änderungsantrag zu PB.W-01

**Von Zeile 634 bis 642:**
Land. Das sind Schulden, die nicht in den Büchern stehen, aber unseren Wohlstand gefährden. Wir wollen die Schuldenbremse im Grundgesetz ~~zeitgemäß gestalten~~abschaffen – um die so dringenden Investitionen zu ermöglichen. Bei konsumtiven Ausgaben bleibt es bei den derzeitigen strikten Regelungen; ~~bei~~für Investitionen, die neues öffentliches Vermögen schaffen, ~~erlauben wir~~lohnt sich eine ~~begrenzte~~ Kreditaufnahme. Gut ausgestattete Bildungseinrichtungen, kostengünstiger Zugang zu Kultur, vielfältige Sportvereine, gesicherte Lebensgrundlagen durch öffentlich geförderten Wohnungbau, mehr kostenlose Angebote zur Gesundheitsprävention und ein deutlich ausgebauter ÖPNV sind Voraussetzungen für individuelle Leistung und eine produktive Entfaltung der Gesellschaft.So ~~schaffen~~sorgen wir dafür, dass öffentliches Vermögen~~, das uns allen gehört, denn~~ in öffentlicher Hand bleibt und nicht von den Aktionär*innen privater Unternehmen abgeschöpft wird, die unter Schuldenbremsen-Bedingungen öffentliche Infrastruktur-Aufgaben gegen Entgelte anbieten. Weil die Rendite öffentlicher Investitionen ~~ist hoch~~hoch ist, während der Bund keine Zinsen für seine Kredite bezahlt~~. Das schafft~~, schaffen wir so ein hohes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum~~, das sicherstellt, dass~~ und bauen unsere Schulden im Verhältnis zur Wirtschaftskraft weiter ~~abnehmen~~ab. Die kluge Unternehmerin spart nicht, sie investiert. Der kluge Staat tut es ihr gleich.

## Begründung

Da die Begriffe "produktiver" und "konsumtiver" Ausgaben äußerst unscharf sind, soll benannt werden, was produktiv zu einem hohen und nachhaltigen Wirtschaftswachstum durch neue Arbeitsplätze (durch staatliche Investitionen) und eine hohe Kaufkraft zur Forcierung nachhaltiger, qualitativ hochwertiger Produktion beiträgt: Bildung, Kultur, Gesundheitsversorgung, Grundversorgung und für alle gewährleistete Mobilität. Werden diese Bereiche in die Hände privater Unternehmen gelegt, graben wir uns selbst das Wasser ab, weil der von uns allen produzierte materielle und kulturelle Reichtum durch Aktionäre dieser Unternehmen abgeschöpft wird. Der wichtige Zusammenhang, dass sich eine starke öffentliche Hand auch für die reale Schuldenlast des Staatshaushaltes günstig auswirkt, ist nun ebenfalls klarer formuliert.

## weitere Antragsteller*innen

Svenja Horn (KV Hamburg-Mitte); Barbara Poneleit (KV Forchheim); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Andreas Müller (KV Essen); Frédéric Zucco (KV Augsburg-Stadt); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Gerrit Alino Prange (KV Potsdam); Rudi Seibt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Kajo Aicher (KV Bodenseekreis); Detlef Kröger (KV Hamburg-Eimsbüttel); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Patrick Voyé (KV Marburg-Biedenkopf); Simon

Lissner (KV Limburg-Weilburg); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Simon Feyrer (KV Berlin-Neukölln); Ralph Pies (KV Offenbach-Land); Florian Elsishans (KV Freiburg); Claudia Laux (KV Bernkastel-Wittlich)